

FINANZKRISE

Wirtschaftsrat wird nicht aufgewertet

Die Bundesregierung hat es aufgegeben, Angela Merkels Idee eines Weltwirtschaftsrats zügig umzusetzen. Die Bundeskanzlerin hatte vorgeschlagen, den bestehenden Wirtschafts- und Sozialrat der Uno (Ecosoc) aufzuwerten. Jetzt ist nur noch von einem „Diskussionsprozess“ die Rede, der „von einer Unterstützerguppe“ – etwa den G-20-Staaten – vorangetrieben werden soll, wie es in der Antwort auf eine

kleine Anfrage des Bundestagsabgeordneten Thilo Hoppe (Bündnis 90/Die Grünen) heißt. Mehrfach hatte Merkel in der Finanzkrise einen „Weltwirtschaftsrat bei den Vereinten Nationen“ angeregt, „ähnlich wie wir nach dem Zweiten Weltkrieg auch einen Uno-Sicherheitsrat geschaffen haben“. Das Gremium solle eine neue „Charta des nachhaltigen Wirtschaftens“ überwachen. Die Idee stieß beim Koalitionspartner SPD genauso auf Skepsis wie bei Ökonomen und Chefs von internationalen Organisationen wie IWF, Weltbank oder WTO. Viele wollen die Zusammenarbeit im Management der globalen Wirtschaft verbessern, aber keine neue Institution schaffen.



Deutsche Truppen in Distomo 1944

KRIEGSVERBRECHEN

Bahn soll für SS-Opfer zahlen

In einen langwierigen Rechtsstreit zwischen Nachkommen griechischer SS-Opfer und der Bundesrepublik Deutschland ist die Deutsche Bahn AG geraten. Diese Woche befindet ein Gericht in Rom darüber, ob die Griechen der Bahn zuste-

hende Gelder in Italien pfänden lassen dürfen. Es geht um knapp 50 Millionen Euro. Die rund 220 Griechen, deren Eltern und andere Verwandte im Juni 1944 in Distomo von SS-Männern ermordet worden waren, hatten im Januar 2000 vom Areopag, dem höchsten Gericht Griechenlands, Schadensersatz zugestanden bekommen. Die Regierung in Athen aber weigerte sich, der Zwangsvollstreckung in deutsches Eigentum zuzustimmen, etwa ins Athener Goethe-Institut. Das oberste italienische Zivilgericht in Rom entschied im vergangenen Jahr, dass die grie-

chischen Urteile auch in Italien vollstreckt werden können. Jetzt informierte das italienische Außenministerium die deutsche Botschaft in Rom, dass der Anwalt der Griechen die Einnahmen der italienischen Staatsbahnen aus dem Verkauf internationaler Fahrscheine der Deutschen Bahn pfänden lassen will. Die Bahn sieht allerdings „keine rechtliche Grundlage“ für die Forderungen der NS-Opfer. Auch ein Sprecher des Auswärtigen Amtes erklärt, dass die Bahn „als eigenständige juristische Person nicht für angebliche Verbindlichkeiten Deutschlands haftet“.

ISLAMISMUS

Reise nach Pakistan

Offenbar ist der Zustrom von Islamisten aus Deutschland nach Pakistan ungebrochen. Am vergangenen Mittwoch stoppten Beamte der Bundespolizei eine Maschine auf dem Frankfurter Flughafen und hinderten Mohammed M. aus Hamburg am Flug nach Doha, Katar. Von dort wollte der einschlägig bekannte Islamist offenbar weiter nach Peschawar reisen. Zeitgleich flogen am Mittwoch zwei Ham-

burger Konvertiten via Wien nach Doha. Bereits am 4. März war eine Gruppe von fünf Muslimen aus dem Umfeld der Hamburger Kuds-Moschee, in der einige der Attentäter des 11. September 2001 verkehrt hatten, Richtung Peschawar aufgebrochen. Die Ermittler befürchten, dass die Verdächtigen von dort weiter in die Grenzregion zu Afghanistan reisen wollten, wo sich al-Qaida-Ausbildungslager befinden. Bei Mohammed M. entschieden sich die Behörden kurzerhand, ihm den Reisepass zu entziehen und damit die Weiterreise zu verhindern.

PRÄSIDENTENWAHL

Suche nach Überläufern

SPD-Präsidentschaftskandidatin Gesine Schwan und ihre Unterstützer gehen in die Offensive. Um die Wahlchancen von Schwan bei der Bundesversammlung am 23. Mai zu erhöhen, wollen sie nach potentiellen Überläufern bei Union und FDP suchen. Mitglieder des SPD-Präsidioms haben verabredet, ihnen persönlich bekannte Wahlmänner und Wahlfrauen aus dem bürgerlichen Lager anzusprechen, um sie für eine Stimmabgabe zu Schwans Gunsten zu gewinnen. Ermutigt fühlen sich Schwans Fans durch die Abstimmungspanne bei der Aufstellung der CDU- und FDP-Wahlleute für Sachsen in der vorigen Woche. Weil einige Abgeordnete Wahlzettel falsch ausfüllten, ist die Mehrheit für Amtsinhaber Horst Köhler in der Bundesversammlung geschrumpft. Das Köhler-Lager kommt derzeit auf 615 Stimmen, die Schwan-Fraktion auf 603. Auch Schwan selbst will in den verbleibenden Wochen bis zur Wahl verstärkt bei den Wahlmännern und Wahlfrauen aus dem bürgerlichen Lager Stimmung für sich machen. Dazu plant sie Treffen mit FDP- und Unionsleuten, wie etwa den CDU-Abgeordneten von Mecklenburg-Vorpommern.



SEYBOLD/PRESS

Schwan